[illegible] der gemacht.

— Spiritus für häusliche Zwecke. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung der Reichsbranntweinstelle, in der es u. „Dresdn. Anz." heißt: Vom 1. September dieses Jahres an dürfen bis auf weiteres monatlich wieder 25 v. H. derjenigen Menge, welche im gleichen Monat des Jahres 1916 für häusliche Zwecke (Flaschenspiritus) verbraucht worden sind, zu denselben Zwecken in Verkehr gebracht werden. Von diesen 25 Prozent werden 20 v. H. zum Preise von 55 Pfg. für das Liter gegen Bezugsmarken, die von dem Kommunalverbänden ausgegeben werden, der Rest von 5 v. H. zum Preise von 1 M. 50 Pf. für das Liter ohne Bezugsmarken geliefert. Der Spiritus zum Preise von 55 Pfg. für das Liter ist ausschließlich zur Befriedigung der Bedürfnisse minderbemittelter Personen bestimmt, die ihn zu Koch-, Heiz- und Leuchtzwecken benötigen und denen Elektrizität, Gas oder Petroleum nicht zur Verfügung stehen, sowie zur Deckung des Bedarfes für Personen, die den Spiritus zum Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege unbedingt gebrauchen. Gewerbetreibende, die vollständig vergällten Branntwein zur Verarbeitung im eigenen Betriebe benötigen, haben sich zur Erlangung der erforderlichen Bezugsmarken wie bisher an die Großvertriebsstellen zu wenden. Bezugsmarken, die den Kommunalverbänden überlassen worden sind, dürfen keinesfalls zur Befriedigung gewerblicher Bedürfnisse abgegeben werden.

— Die Butter wird teurer! Die „Dresdner Nachr." berichten: Die von der Reichsstelle für Speisefette ausgearbeitete Vorlage zur Neuregelung der Butterpreise im Deutschen Reiche ist vom Vorstande des K.-E.-A. genehmigt worden. Sie bringt selber eine Preiserhöhung mit sich, aber diese war nicht zu umgehen, wenn die Buttererzeugung nicht noch mehr zurückgehen soll, als das schon der Fall ist. Die Neuregelung ist notwendig, da der jetzige Zustand unhaltbar ist. Jetzt besteht für Butter ein einheitlicher Erzeugerpreis (2,40 Mark), nicht aber für das Rohprodukt, aus dem die Butter gewonnen wird, für die Milch. Die Milchpreise sind im Reiche ganz verschieden geregelt. Die Festsetzung eines einheitlichen Preises für Milch würde für manche Gegenden, wo die Preise unter dem Durchschnitt stehen, annähernd eine Preiserhöhung bringen. Wo sie aber, den lokalen Bedingungen für die Viehhaltung entsprechend, über den Durchschnitt stehen, würde mit der Herabsetzung der Preise der notwendige Anreiz zur Lieferung von Milch an die Großstädte in Wegfall kommen. Durch Neuregelung der Butterpreise wird daher eine Relation zwischen Milch- und Butterpreis geschaffen, womit der Einheitspreis für das ganze Reichsgebiet in Wegfall kommt. In vielen Gegenden hat die Rauhfutterernte infolge Regenmangels einen erheblichen Ausfall gegeben. Die Sommerung ist namentlich in Hafer — und das Haferstroh spielt bei der Milchviehfütterung eine große Rolle — schlecht ausgefallen. Eine rationelle Fütterung ist schon längst nicht mehr möglich. Die Milcherzeugung ist auf einen bedenklichen Tiefstand gesunken, und wir können nicht erwarten, sie zu steigern. Hoffentlich gelingt es wenigstens, einen weiteren empfindlichen Rückgang zu verhindern. Dazu soll die Neuregelung der Butterpreise dienen. Zu dem Dementi der Nachricht, die Zentral-Einkaufsgesellschaft habe 100 Zentner Butter von einer Molkereigenossenschaft bei Elbing nicht abgenommen, und die Butter sei infolgedessen verdorben, kann mitgeteilt werden, daß nach den Feststellungen des K.-E.-A. eine solche Genossenschaft oder Gesellschaft in Elbing und dessen Umgebung gar nicht besteht und ein solcher Fall wie der angeführte überhaupt nicht vorgekommen ist.

Seerhausen. Wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen betr. die Bestandsanzeigen ist der Bäckereibetrieb von Max Kühne in Seerhausen auf die Zeit vom 25. August bis 7. September 1917 geschlossen worden.

Dohna. Auf dem hiesigen Bahnhofe wurde durch die Gendarmerie ein Reisekorb angehalten, der ein geschlachtetes Schwein und ein halbes Kalb nebst der Haut enthielt. Die Sendung stammt aus einem benachbarten Dorfe und sollte nach Dresden gehen. Vermutlich sind die Tiere ohne Genehmigung geschlachtet worden.

tu. Zittau. Unter beträchtlichen Schwierigkeiten ist es dem Kriegsfürsorgeamt der Stadt Zittau gelungen, für den kommenden Winter eine größere Menge Kriegsschuhe zu beschaffen. Der größten Not ist dadurch vorgebeugt worden. Diese Schuhe sollen in erster Linie an die unterstützten Familien unserer tapferen Krieger und an die arme Bevölkerung abgegeben, insbesondere aber sollen deren Kinder damit bedacht werden. Die Kosten sind jetzt beträchtlich. Trotzdem werden die Schuhe den Genannten zu möglichst billigen Preisen überlassen werden.

tu. Annaberg. Riesenbohnen in der Länge von über 30 Zentimeter sind im Garten des hiesigen Seminars gezogen worden.

tu. Eisenberg. Eine merkwürdige und des Humors nicht ganz entbehrende Anzeige veröffentlicht H. B. aus Serba. Sie lautet: Der Apfelspitzbube mag unverzüglich seinen verlorenen Lohnzettel abholen, sonst wird Anzeige erstattet.

Zwickau. Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Lugau-Oelsnitzer Revier ist unter Vermittelung des Kriegsamtes nun ebenfalls durch abermalige Lohnerhöhung zum Abschluß gekommen.

Chemnitz. Im Verlaufe ehelicher Zwistigkeiten hat der Handarbeiter, jetzige Soldat und Krankenträger Rich. Zahn, der mit seiner Familie im Hause Reitbahnstraße Nr. 60 wohnt und sich in der Heimat auf Urlaub befand, seine am 4. September 1889 in Chemnitz geborene Ehefrau Gertrud durch zwei Schüsse aus einem Revolver, von denen der eine in die linke Brustseite, der andere in die linke Kopfseite drang, getötet. Zahn, der sich darauf selbst einen Schuß in die linke Brustseite beibrachte, wurde in schwerverletztem Zustande in das Garnisonlazarett übergeführt. Während sich der Vorfall in der Wohnstube des Ehepaares abspielte, schlief das 8jährige Mädchen in der Schlafstube. Es hat von dem ganzen Vorgang nichts gehört.

Plauen i. V. Eine zur Erzielung höherer Löhne für unsere Spitzen- und Konfektionsarbeiterinnen einberufene öffentliche Versammlung der Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes stimmte den Abmachungen mit den Arbeitgebern in der Lohnfrage unter der Voraussetzung zu, daß die Heimarbeiterinnen in sie mit einbezogen werden und daß von den Geschäften das Steppgarn, das Oel usw. geliefert werde.

Leipzig. Mehrere Männer, die am 18. August gegen 11 Uhr nachts von einem zum Flurschutz befehligten Soldaten auf einem Kartoffelfelde des Rittergutes Leipzig-Stötteritz beim Kartoffelstehlen überrascht worden sind, haben mehrmals auf diesen geschossen, glücklicherweise ohne zu treffen, und sind dann im Dunkel der Nacht unerkannt verschwunden.

* * *

Gera. Ein bei den hiesigen Unruhen erheblich geschädigter Geschäftsmann hat bei der Stadt um Entschädigung der ihm entstandenen Verluste und Sachschäden gebeten. Darauf hat der Stadtrat eine ablehnende Antwort erteilt. [illegible]

Erfurt. [illegible]

[illegible]

Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, den 22. August 1917.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute seine Aussprache über die auswärtige Politik fort. Der Reichskanzler war auch heute erschienen.

Ein Mitglied der Konservativen forderte zunächst unter Hinweis auf die in einem Teil der Presse in die Erscheinung getretenen Indiskretionen aus den gestrigen Verhandlungen die Aufhebung von der Vertraulichkeit überhaupt. Der wiederholte Bruch der Vertraulichkeit wurde von allen Seiten scharf gerügt und festgestellt, daß hier immer ein und dieselbe Seite in Betracht komme. (Der vom W. T. B. herausgegebene Bericht enthält keine Angaben, die unter die Vertraulichkeit fallen.)

Beim Eintritt in die Tagesordnung erklärte ein Fortschrittler im Namen der Mehrheit vom 19. Juli, die gestrigen Erklärungen des Kanzlers über seine Rede vom 19. Juli seien mißverstanden worden. Redner begrüßte sodann die Zusage des Staatssekretärs des Auswärtigen über die Pflege guter Beziehungen zu den Neutralen. Nicht genügend geklärt sei die Frage, ob ein Telegramm des Kaisers an Wilson seinerzeit abgegangen sei; darüber sollten ganz bestimmte Mitteilungen gemacht werden. Durch die Entschließung vom 19. Juli sei dem Vaterlande ein großer Dienst geleistet worden. Die Friedensidee, wie sie in ihr zum Ausdruck komme, sei eine moralische, demokratische, christliche Macht. Sie habe immer mehr Anerkennung gefunden auch bei den feindlichen Völkern, und der gestrige Beschluß der englischen Arbeiter betr. Beschickung der Stockholmer Konferenz sei dadurch erleichtert worden. Die päpstliche Friedensnote sei ein Bekenntnis zum Handeln, wie es den Grundgedanken der Kirche entspreche. Redner tadelte scharf das Verhalten Lloyd Georges, der die Redeweise des Kaisers nachgeahmt habe, stellte mit Genugtuung fest, daß die Presse Asquiths dagegen aufgetreten sei, und daß eine Million Engländer aller Stände in einer Eingabe an Lloyd George Friedensverhandlungen verlangt hätten. — Die inneren Reformen dürften nicht, wie konservative Blätter dem Reichskanzler nahelegten, hinausgeschoben werden, sondern müßten sobald als möglich zur Durchführung kommen. Man sei dem Volksheer, das so Ungeheures geleistet habe, schuldig, das Haus wohnlich einzurichten. Redner wandte sich sodann gegen die Agitation der Konservativen und der Alldeutschen, die unserem Ansehen im Ausland sehr geschadet und die deutsche Politik in den Ruf der Zwiespältigkeit gebracht hätten. Die Mehrheit des Reichstags werde sich seine Entschließung vom 19. Juli nicht entwerten lassen, und es sei anzuerkennen, daß der Reichskanzler seine mißverständliche Aeußerung durch die gestrige zweite Erklärung richtiggestellt habe.

Ein nationalliberaler Redner trat dafür ein, daß der Vertrieb von Schriften an der Front den Parteien überlassen bleiben müsse, die militärischen Stellen darauf keinen Einfluß üben sollten, insbesondere gelte dies für Abhandlungen über die Kriegszielfrage, und wünschte Auskunft über die Verluste, die Deutschland und Deutsche aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Chinas und anderer Länder erleiden; hier handle es sich um Millionenwerte. Mit Freude habe er die Offensive des Reichskanzlers begrüßt, die die Annexionspläne unserer Feinde, die Absichten der feindlichen Staatsmänner auch vor ihren eigenen Völkern aufgedeckt habe. Etwa noch vorhandenes Material solle ebenfalls veröffentlicht werden. Redner kam sodann auf die gestrigen Aeußerungen des Staatssekretärs über Macht und Recht in der Politik zu sprechen. Der Satz, daß eine Politik der Macht keinen Bestand habe, sei falsch. England habe sich seine Macht, die Unterwerfung der Völkerschaften, nicht im Namen der Gerechtigkeit erringen können. Ein Machtfriede, zusammen mit der Pflege von Bündnissen, werde sehr wohl von Dauer sein können. Er warnte, über die Alldeutschen zu spotten, deren Ideen in weiten Kreisen und in allen Parteien vorhanden seien. Zum Schlusse wandte er sich gegen die konservative Presse, die die Beteiligung der Nationalliberalen an den interfraktionellen Besprechungen gewissermaßen als im englischen Interesse liegend dargestellt habe. Solch vergiftende Politik solle besser unterlassen werden.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. v. Kühlmann ging dann in längeren vertraulichen Ausführungen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren Bundesgenossen und zu den neutralen Staaten durch. Er machte Mitteilungen über den Stand der handelspolitischen Besprechungen mit Oesterreich-Ungarn und mit verschiedenen neutralen Staaten, ging dann auf die mit Argentinien wegen der Schiffsversenkungen schwebenden Verhandlungen ein und teilte noch mit, daß über die Schädigungen, die dem deutschen Eigentum und Wirtschaftsleben von unseren Feinden zugefügt worden sind, sorgfältig Buch geführt werde; die Rechnung werde seinerzeit den feindlichen Regierungen vorgelegt werden.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts stellte nach einigen vertraulichen Mitteilungen über die Zahlen der in Dienst und im Bau befindlichen U-Boote fest, daß die Verluste in dem abgelaufenen ersten halben Jahr des uneingeschränkten U-Bootkrieges sich unter dem Voranschlag gehalten hätten, und daß der augenblickliche Bestand unserer in der Front tätigen U-Boote 10 Prozent höher sei als Anfang Februar. Wie aus der letzten Veröffentlichung bekannt, seien in den vergangenen sechs Monaten rund 5½ Millionen Bruttoregistertonnen versenkt worden, das heißt durchschnittlich im Monat 920 000 Tonnen, ein Ergebnis, das die Erwartungen der Marine um über 50 Prozent übertroffen habe. Im Wesen, in der Technik des U-Boot-Krieges liege es, wenn in den einzelnen Monaten Schwankungen in den Ergebnissen eintraten. Die Ansicht, die auch der englische Premierminister Lloyd George vertrete, daß schönes Wetter, in landläufigem Sinne gesprochen, der U-Boots-Tätigkeit besonders günstig wäre, sei ein Irrtum. Glatte See und wenig oder kein Wind seien mit Rücksicht auf die Abwehrmaßnahmen der Gegner, insbesondere die Flugwaffe, recht unangenehm für die U-Boote. Auch die sehr langen, hellen Sommernächte hätten, da die Boote zum Aufladen der Akkumulatoren auch über Wasser fahren müßten, ihre Nachteile. Jedenfalls ist ein Teil unserer U-Boots-Kommandanten der Ansicht, daß sich der U-Boots-Krieg bei nicht allzu schönem Wetter und längeren Nächten mit noch besserem Erfolg führen ließe. Unsere Gegner machten nach wie vor gewaltige Anstrengungen, der U-Boote Herr zu werden. Ein Radikalmittel hätten sie nicht gefunden. Die mehr und mehr in Aufnahme gekommenen, unter Sicherung fahrenden Begleitzüge erschwerten den U-Booten naturgemäß ihre Arbeit, brächten aber auch für unseren Gegner erhebliche Nachteile, da sie eine direkte Verringerung des Frachtraumes bedeuten. Das Zusammenstellen der Geleitzüge, das notwendige gleichzeitige Laden und Löschen, die Herabsetzung der Geschwindigkeit aller Dampfer eines Konvoys auf die des langsamsten Schiffes, die Unhandlichkeit eines Verbandes von Handelsschiffen, die Schwierigkeit, U-Bootsangriffen schnell auszuweichen, die gegenseitige Behinderung im Gebrauch der Geschütze, das alles seien doch Nachteile, die in weitem Maße die unleugbar vorhandenen Vorteile aufwögen. Naturgemäß werde voraussichtlich, da der Seeverkehr geringer werde und die Tonnenzahl immer mehr zusammenschrumpfe, allmählich auch eine Abnahme der Versenkungen in die Erscheinung treten. Demgegenüber weise er aber auf einen Umstand hin, der vielfach nicht genug Beachtung fände, nämlich den, daß sich heute die Versenkung auch nur eines Schiffes für die Entente in viel schärferer Form fühlbar mache, als zu Beginn des U-Boot-Krieges. Der Staatssekretär wandte sich dann den halbamtlichen englischen Auslassungen, die in der „Times" vom 4. August wiedergegeben sind, und den Frachtraum-Verluste Englands zu und hielte es bei seinem Vergleiche nach wie vor fest, daß die Angaben Englands [illegible] ... Lloyd George, welche den Versuch mache, diese Zahlenangaben zu [illegible], so seien sie [illegible] mit Zahlen. So wie es Lloyd George in seine Darstellung [illegible], führe er die Verluste als Nettoverluste oder als Bruttoverluste an, wobei er dann noch je nach Bedürfnis Bruttoregistertonnen und Netto-Registertonnen für seine Redenzwecke in Anwendung bringe. Das Verhältnis von Nettoregistertonne zur Brutto-Registertonne sei bekanntlich im Frieden etwa das von 1:1,7. Im Kriege sei dieser Unterschied wegen der rücksichtsloseren Ausnutzung des Schiffsraumes etwas geringer. Lloyd George vermeide es ängstlich, positive Angaben über die britischen Gesamtverluste an Tonnage zu geben. Von besonderem Interesse in Lloyd Georges Rede sei die Bemerkung, daß aller Schiffsraum, der aus der militärisch requirierten Tonnage versenkt sei, ersetzt werden müßte aus dem Schiffsraum, der für Handelszwecke zur Verfügung stehe. Den Angaben Lloyd Georges über den britischen Schiffsbau müsse man mit stärkstem Zweifel begegnen.

Sehr bemerkenswerte Angaben über die durch den Unterseebootkrieg hervorgerufene Schiffsraumnot Frankreichs haben in den französischen Kammerverhandlungen von Ende Juli der Unterstaatssekretär de Monzie und der Ministerpräsident Ribot gemacht: „Erhalte Frankreich Schiffsraum, so werde es leben und siegen. Erhalte es keinen, so werde die weitere Kriegführung schwierig und notwendigerweise unmöglich werden, weil die Versorgung unterbunden würde. Zur Vollendung von 17 bereits seit dem Jahre 1914 auf 17 großen Werften in Bau befindlichen Schiffen fehlten 12 000 Tonnen Material. Die englische Admiralität hätte dafür 2800 Tonnen versprochen, bis jetzt aber nur 500 Tonnen liefern können. Von der großen japanischen Handelsflotte hätten bisher nur drei Schiffe angekauft werden können; der Eintritt Amerikas in den Krieg habe wider Erwarten die Lage noch verschlimmert, da die meisten japanischen Schiffe lieber den Weg nach Amerika, als nach dem Westen einschlagen. Die Berechnungen in der beängstigenden Frage des Frachtraums seien noch nicht abgeschlossen. Von den 700 Schiffen, die Frankreich England zur Verfügung gestellt habe, verlange es angesichts der Torpedierungen und verstärkten eigenen Bedürfnisses einen Teil zurück."

Der Staatssekretär wies darauf hin, daß der größte Teil der von Monzie gemachten Feststellungen im besonderen die Schwierigkeit der für den Schiffsneubau und Schiffsreparatur benötigten Rohmaterialien und Arbeitskräfte auch für England zuträfe. Im übrigen betonte der Staatssekretär, daß für die Fortsetzung des U-Bootkrieges im weitesten Umfange das nötige Material und Personal bereitstände, so daß in militärischer Beziehung keinerlei Zweifel über seine weitere wirksame Durchführung bestehen könnten.

Hier unterbrach der Vorsitzende die Beratung, um den Arbeitsplan bekanntzugeben, der fortan eingehalten werden soll. Es sollen der Reihe nach behandelt werden: Kohlen- und Lohnstoffrage, politische Zensur und Vereinsrecht, Fragen der besetzten Gebiete.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wünschte dem Ausschuß Gelegenheit zur Aussprache über die Papstnote und über die Kartoffelversorgung zu geben. Nach längerer Debatte wurde indes der Vorschlag des Vorsitzenden gutgeheißen; er seinerseits glaubte, Montag nächster Woche die Beratungen abschließen zu können.

In der Fortsetzung der sachlichen Beratungen betonte ein Mitglied des Zentrums (Erzberger), daß nach der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers dreierlei feststehe: 1. daß der Reichskanzler unverrückt festhalte an seiner Rede vom 19. Juli 1917 die in ihren Hauptteilen und ihrer Tendenz den Mehrheitsparteien vorher bekannt gewesen ist; 2. daß der Reichskanzler einen Verständigungsfrieden anstrebt; 3. daß der Reichskanzler die Antwort auf die Papstnote im Benehmen mit dem Reichstag, einem Ausschuß desselben festzustellen bereit ist. Diesen positiven Erklärungen des Reichskanzlers gegenüber müßten alle Abbröckelungsversuche zuschanden werden. Wäre es anders, so sei die inner- und außerpolitische Lage geändert, und das würde der Reichstag zu berücksichtigen haben. Die Mehrheitsparteien stünden entschlossen und fest auf dem Standpunkt eines Friedens der Verständigung und Versöhnung der Völker. Ob die gestrigen Erörterungen im Interesse des Vaterlandes gewesen seien, die Frage lasse er offen. Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten", das Organ einer reich mit Kapital ausgestatteten Clique, ihm die Schuld daran in die Schuhe zu schieben versuchten, so müsse er das entschieden zurückweisen. Seine Unterredung in Zürich sei gekürzt und unrichtig verbreitet worden. Redner anerkannte sodann die guten Wirkungen des U-Boot-Krieges, aber alles bewirken, das könne der U-Bootkrieg nicht.

Nach kurzen Erwiderungen Admirals v. Capelle bemerkt der Vertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich auf die Ausführungen des Vorredners, daß im Jahre 1917 der deutsche Welthandel voraussichtlich den englischen erreicht haben würde, sieht aber gerade in dieser Entwicklung den wesentlichen Grund zum Eintritt Englands in den Krieg, da ja Englands Politik stets gegen die stärkste Macht auf dem Kontinent und gegen jede ernsthafte aufkommenden Wettbewerber in seiner Stellung im Welthandel gerichtet gewesen sei. Der Krieg sei das Ergebnis einer Spannung, die dadurch entstanden sei, daß England ein immer schreienderes Mißverhältnis zwischen seiner überlegenen See- und Weltmacht und der wirtschaftlichen Kraftentfaltung Deutschlands empfunden habe. Die Verhandlungen auf kolonialem und wirtschaftlichem Gebiete zwischen Deutschland und England vor dem Kriege waren Versuche, diese Spannung in einer unschädlichen Weise zu entladen. Man müsse sich unbedingt klar sein, daß in diesem Kriege Englands Ziel unsere wirtschaftliche Unterdrückung sei, — sich hierüber Illusionen hinzugeben, wäre verhängnisvoll. Weiter behauptet der Vizekanzler in vertraulicher Weise einige wichtige wirtschaftliche Fragen, darunter unseren Ein- und Ausfuhrverkehr mit den neutralen Ländern. Er berührt ferner das Abkommen zwischen uns und der Donaumonarchie über den rumänischen Ernteüberschuß und die noch schwebenden wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn. Endlich weist er den Vorwurf als unberechtigt zurück, jemals bezüglich der Wirksamkeit des U-Bootkrieges sich auf irgendwelche Prophezeiungen eingelassen zu haben, das Prophezeien habe er den Engländern überlassen. Lloyd Georges Statistiken in seiner letzten Rede seien Spiegelfechtereien und bewiesen durch ihre Unklarheiten die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen. Wenn Lloyd George im Gegensatz zu seinen Ausführungen im April die Lage günstig darstelle, obwohl sie doch sicherlich nicht günstiger geworden sei, so beweise das einmal, daß die Stimmung in England der Beruhigung dringend bedürfe, und außerdem, daß Lloyd George es für nötig halte, auf die deutsche Stimmung einzuwirken. Dieser Eindruck werde bestätigt durch die naheliegende Erwägung, daß nur das Gefühl einer unmittelbaren intensiven Bedrohung trotz der Aussicht auf die amerikanische Hilfe im nächsten Frühjahr den ungeheuren Ansturm an der Westfront mit seinem Masseneinsatz an Material und Menschen genügend erklären könne. Diese Bedrohung liege wohl nicht so sehr auf dem Lande oder in der Luft, als vielmehr auf dem Wasser.

Ein anderes Mitglied der Deutschen Fraktion besprach die Wirkungen der Reichstagsentschließung vom 19. Juli, die doch in weiten Kreisen Anlaß zu Mißver-